

Véronique Millim

Universität Koblenz-Landau

Titel: Gründungsförderung im Bundesländervergleich

Abstract

Unternehmensgründungen erfolgen immer im Kontext von gründungsbezogenen Rahmenbedingungen, die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren sein können. Diese Rahmenbedingungen prägen einen nationalen oder regionalen Gründungsstandort und können die Zahl sowie die Erfolgsaussichten von Gründungen wesentlich beeinflussen. Gründungen werden stark durch subnationale und regionale Rahmenfaktoren beeinflusst und zeigen auch in regionalen Umfeldern früher und stärker ökonomische Effekte (Sternberg 2018: 953). In Zeiten von Globalisierung und Standortverlagerungen versprechen innovative Start-ups neue hochqualifizierte Arbeitsplätze und stabiles regionales Wirtschaftswachstum (Audretsch 1995; Fritsch 1997; Reynolds 1999; Carree 2002). In diesem Zusammenhang erfreuen sich Gründungsförderungsprogramme auf lokaler und regionaler Ebene in den letzten Jahren immer größerer Beliebtheit.

Subnationale Gründungsförderprogramme stellen in den meisten OECD-Ländern den Großteil der staatlichen Programme in diesem Politikfeld dar, so auch in Deutschland. Die Programme werden oft als essentieller Eckpfeiler der nationalen Gründungspolitik erwähnt, aber im Gegensatz zur Ausrichtung nationaler Gründungspolicies selten detailliert und vergleichend analysiert (vgl. Hart 2003; Lündström/Stevenson 2005, IPREG 2011). Hart (2003) und Lündström und Stevenson (2005) legen erste beschreibende Typologien der Gründungspolicies auf nationaler Ebene vor, kommen aber zum Schluss, dass die stark wirtschaftswissenschaftlich geprägte Entrepreneurship Literatur eine große Lücke bei der Untersuchung konkreten Regierungshandeln in diesem Policy-Bereich aufweist (2007:104). Im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik und der Standortstärkung stehen die Bundesländer bei der Gründungsförderung in Konkurrenz zueinander. Ausgehend von der Forschungslücke im Bereich der vergleichenden Forschung zu subnationalen Gründungsförderprogrammen sollen in dem Promotionsvorhaben die Programme der Bundesländer zur Förderungen von Unternehmensgründungen untersucht und deren Determinanten vergleichend analysiert werden.

Ziel der Arbeit ist deshalb, die folgenden zwei übergeordneten Forschungsfragen zu beantworten:

- Welche Programme zur Existenzgründung und -festigung gibt es auf Bundesländerebene und welche inhaltliche Ausrichtung tragen die einzelnen Programme?
- Welche Determinanten können die monetäre Gründungspolitik der Bundesländer erklären?

Als Grundlage für die Untersuchung und Erhebung der Gesamtheit der Existenzgründungs- und Existenzsicherungsprogramme der sechzehn Bundesländer dient eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bereitgestellte Förderdatenbank ([www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de)). Mit Stand Dezember 2018 wurden 201 Einzelprogramme erhoben. Zur ersten deskriptiven Typologisierung der Förderprogramme wurden zwei Aspekte aus den schriftlichen Programmbeschreibungen codiert: Handelt es sich bei dem unter dem

Label „Existenzförderung und -sicherung“ geführten Programme um genuine Gründungsförderung und beinhaltet diese einen Innovationsanspruch? Operationalisiert wurde genuine Gründungsförderung darüber, inwieweit bei den Zulassungskriterien eine Begrenzung auf Gründungsinteressierte bzw. junge Unternehmen vorhanden war, also ob es eine zeitliche Begrenzung auf Förderanspruch nach Gründung des Unternehmens in den Auswahlkriterien der Programme gibt. Um Innovation zu erheben wurde codiert, inwieweit die Zulassungskriterien ausdrücklich die Herstellung, Entwicklung, Vertrieb eines innovativen Produktes oder einer innovativen Dienstleistung fordern. Aus der Kombination der beiden Kriterien ergeben sich vier verschiedenen Ausrichtungen der Förderung.

Tabelle 2: Ausrichtungen der Förderprogramme

		Grad der Innovation	
		Hoch	Niedrig
Gründungsförderung	Ja	Innovative Gründungsförderung	Gründungsförderung ohne Innovationsanspruch
	Nein	Klassische Forschungs- und Entwicklungskostenförderung	Klassische Standortpolitik

Quelle: Eigene Darstellung.

Eine erste bundesländerübergreifende Auswertung der Programme zeigt, dass 48 % (94) der Programme sich als klassische Standortpolitik bezeichnen lassen, knapp 30 % allgemeine Gründungsförderung ohne Innovationsanspruch sind und 19 % innovative Gründungsförderung. Zwischen den Bundesländern gibt es eine breite Varianz, sowohl mit Hinblick auf die Gesamtzahl der Programme als auch die inhaltliche Ausrichtung. Einige Bundesländer, wie z.B. Bayern, haben fast ein Drittel ihrer Programme im Bereich innovative Programme angesiedelt, während andere Bundesländer hier kein einziges Programm führen (Mecklenburg-Vorpommern) oder deutlich stärker auf allgemeine Gründungsförderung setzen.

Um Herausarbeiten zu können, welche Förderpolitik die Bundesländer im Rahmen ihrer „Existenzförderungsprogramme“ hauptsächlich verfolgen, wird die Ausgabenhöhe und die Laufzeit der einzelnen Programme erhoben. Die Erhebung der entsprechenden Daten wird in Form einer schriftlichen Fragebogenerhebung erfolgen. Auf Grundlage der erhobenen Daten soll eine Qualitative Comparative Analysis (QCA) erfolgen, mit deren Hilfe Hypothesen zu den Determinanten der Ausrichtung der Gründungspolitik der Bundesländer getestet werden. Basierend auf den Ergebnissen der QCA-Analyse sollen vertiefende Fallstudien zu ausgewählten Ländern durchgeführt werden (zwei bis vier Fälle). Ziel der Fallstudien ist es, sich mit Strukturen, Akteuren und Interessenlagen in einzelnen Bundesländern näher zu befassen, um ein umfassenderes Verständnis für die Policy-Ausrichtung zu erlangen.